

PI 8/18

10.9.2018

„Sommer-Universität für Plasmaphysik“ im IPP

Weiterbildung in den Semesterferien / Studenten aus ganz Europa treffen sich in Greifswald

Zu einer Sommer-Universität für Physikstudenten aus ganz Europa lädt das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Greifswald vom 17. bis 21. September 2018 ein. Eine Semesterferien-Woche lang haben die rund 65 Teilnehmer Gelegenheit, sich ausführlich über Plasmaphysik und Fusionsforschung zu informieren: Ziel der Arbeiten im IPP ist die Entwicklung eines Kraftwerks, das – ähnlich wie die Sonne – Energie aus der Verschmelzung von Atomkernen gewinnt. Zum Zünden des Fusionsfeuers muss der Brennstoff, ein Wasserstoff-Plasma, in Magnetfeldern eingeschlossen und auf Temperaturen über hundert Millionen Grad aufgeheizt werden.

Die Studierenden, die aus 17 verschiedenen Ländern Europas kommen, hören in englischer Sprache Vorlesungen über die Grundlagen der Plasmaphysik, den Aufbau von Fusionsanlagen sowie über die Methoden, ein Fusionsplasma zu heizen, zu analysieren und rechnerisch zu beschreiben. Vorgestellt werden aktuelle Ergebnisse der Fusionsforschung ebenso wie die zu erwartenden Eigenschaften eines späteren Kraftwerks. Auch die astrophysikalischen Plasmen im Weltraum – wo sich die Materie überwiegend im Plasma-Zustand befindet – kommen zur Sprache. Ein Rundgang durch das Institut zu der großen Fusionsanlage Wendelstein 7-X komplettiert das Programm.

Mit seiner Sommer-Universität 2018 setzt das IPP eine bewährte Tradition im mittlerweile zweiunddreißigsten Jahr fort. Die Sommerschulen, die im Wechsel an den IPP-Standorten in Garching und Greifswald stattfinden, geben Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, die Fusionsforschung in ihren unterschiedlichen Facetten kennenzulernen. Nicht wenige der jetzigen Doktoranden und Wissenschaftler im IPP waren Teilnehmer früherer Sommer-Universitäten.

Das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik ist dem europäischen Fusionsforschungsprogramm angeschlossen, zu dem sich die Fusionslaboratorien der Europäischen Union sowie der Schweiz und der Ukraine zusammengeschlossen haben.